StB
2.12.64
VB

Amtsblatt

G 1239 A

des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Ausgabe A

Jahrgang 1964

Bonn, den 30. November 1964

Nummer 137

Inhalt

<u>Verfügung</u>	Fernmeldewesen	
	Nr. 627 Verordnung zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften vom 26. November 1964	S. 1241

Die mit *) bezeichneten Verfügungen usw. sind bei den Poststellen I in Umlauf zu setzen.

Verfügung

Fernmeldewesen

Nr. 627/1964

Verordnung zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften vom 26. November 1964

Im Bundesanzeiger Nr. 223 vom 28. November 1964 ist die folgende Verordnung verkündet worden:

Verordnung zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften Vom 26. November 1964

Auf Grund des § 14 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft verordnet:

§ 1

Die Fernsprechgebührenvorschriften, Anlage 3 zur Fernsprechornung vom 24. November 1939 (Amtsblatt des Reichspostministeriums S. 859), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften vom 15. Juli 1964 (Bundesanzeiger Nr. 131 vom 21. Juli 1964), werden wie folgt geändert und ergänzt:

1. In Abschnitt IX. Ortsgespräche

a) erhält Nummer 1 folgende Fassung:

„1	Ortsgesprächsgebühr bei Teilnehmersprechstellen und bei öffentlichen Sprechstellen mit gewöhnlichem Sprechapparat	§ 30 0,18“,
----	---	--------------------

b) wird nach Nummer 1 folgende neue Nummer 1a eingefügt:

„1a	— desgl. — bei öffentlichen Sprechstellen mit Münzfernsprecher	0,20“,
-----	--	--------

c) wird nach Nummer 1a in der Spalte „Gegenstand“ eingefügt:
„Zu Nr. 1 und 1a“.

2. In Abschnitt X. Ferngespräche

a) erhält der Unterabschnitt „B. Selbstwählferndienst“ bis einschließlich Nummer 26 die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführte Fassung,

b) erhält in der Spalte „Gegenstand“ unter „Zu Nr. 18 bis 26“ der letzte Satz der Vorschrift 3 folgende Fassung:

„Auf den so ermittelten Betrag wird ein Nachlaß wie nach Vorschrift 4 zu IX Nr. 1 und 1a gewährt.“

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 37 des Postverwaltungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1964 in Kraft.

Bonn, den 26. November 1964

Der Bundesminister
für das Post- und Fernmeldewesen
Stücklen